A5NEU GRÜNE Psychiatriepolitik

Antragsteller*innen:
Tagesordnungspunkt: 2.2. Kapitel des Wahlprogramms

Psychische Erkrankungen nehmen seit Jahren zu. Darum ist es um so wichtiger, dass Betroffene nicht stigmatisiert und ausgegrenzt werden. Neben der Prävention brauchen wir vor allem einen weiteren Ausbau der Krisendienste und eine bessere Versorgung ambulanter und stationärer Angebote.

Wir fordern

- den Ausbau von Anlaufstellen und ambulanten Hilfen.. Als nahes und niederschwelliges Angebot sind sie für die Unterstützung von psychisch Kranken und ihren Angehörigen sehr wichtig. Hier brauchen wir eine bessere Finanzierung um dem tatsächlichen Bedarf gerecht zu werden, auch in der forensischen Prävention
- ambulante und stationäre Angebote besser miteinander zu verzahnen, damit die Patient*innen lückenlos begleitet und therapeutisch versorgt werden.
- mehr Personal für die Psychatrie und verbesserungen für Patien*innen- und Mitarbeiter*innen durch vorausschauende Personalplanung. Dies dient auch zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen.
- einen Ausbau der Angebote in der Kinder- und Jugendpsychiatrie im klinischen - aber auch im außerklinischen Bereich. Für die Versorgung von Kindern psychisch kranker Eltern muss ebenfalls ein eigenes Angebot entwickelt werden.
- Eine gute psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung für Geflüchtete, die unter posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) leiden einschließlich der Finanzierung der Dolmetscher.
- eine verstärkte Kontrolle der forensischen Kliniken durch Besuchskommissionen
- die Stärkung der Patient*innenrechte